

Medienmitteilung

Thema	Energiestrategie 2050 / ökologische Steuerreform
Für Rückfragen	Roland Fischer, Nationalrat, Projektleiter Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“: Tel. +41 79 422 76 60
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	28. September 2012

Grünliberale fordern mit Nachdruck eine ökologische Steuerreform

Die Grünliberalen nehmen das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Das übergeordnete Ziel der Energiestrategie, also der Atomausstieg, mehr Energieeffizienz und die Abkehr von fossilen Energieträgern teilen die Grünliberalen. Die konkreten Massnahmen sind aber noch zu stark auf staatliche Förderung und zu wenig auf Lenkung ausgerichtet. Die Grünliberalen fordern deshalb mit Nachdruck eine rasche und umfassende ökologische Steuerreform und setzen alles daran, bis Mitte Dezember ihre Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ einreichen zu können.

Die Grünliberalen nehmen das heute vom Bundesrat präsentierte erste Massnahmenpaket für den schrittweisen Umbau der schweizerischen Energieversorgung mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Die Ziele, den Energie- und Stromverbrauch pro Person zu senken, den Anteil fossiler Energie zu reduzieren und die nukleare Stromproduktion durch Effizienzgewinne und den Zubau erneuerbarer Energie zu ersetzen, unterstützen die Grünliberalen klar. Auch die Modernisierung und der Ausbau der Stromnetze sind unbestritten notwendig. Die vom Bundesrat in der ersten Phase vorgesehenen Massnahmen sind jedoch zu stark auf staatliche Förderung und zu wenig auf Lenkung ausgerichtet.

Es ist deshalb für die Grünliberalen zwingend, dass die vom Bundesrat geplante zweite Phase der Energiestrategie mit einer ökologischen Steuerreform schnell vorangetrieben wird. In der für 2014 versprochenen Vernehmlassungsvorlage zur ökologischen Steuerreform erwarten die Grünliberalen einen entsprechend raschen und umfassenden Umbau unseres Steuersystems. Mit dem Konzept „Energie- statt Mehrwertsteuer“ zeigen die Grünliberalen einen konkreten Weg dafür auf. Die Grünliberalen setzen deshalb alles daran, bis Mitte Dezember ihre Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ einreichen zu können.

Eine detaillierte Stellungnahme zum ersten Massnahmenpaket des Bundesrates geben die Grünliberalen zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Vernehmlassung ab.